

Betreff: Urwahl-Fragenkatalog der Mitglieder_innen Schick, Lehmann, Agena, Kuhn, Wesener

Liebe Freundinnen, Liebe Freunde,

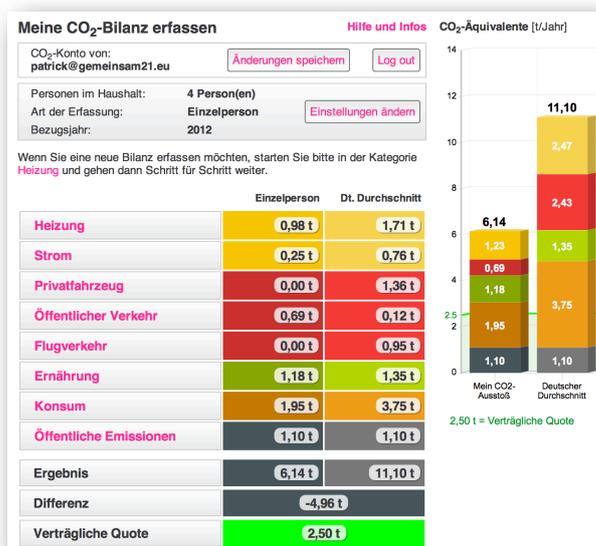
gerne gebe ich mir Mühe, Euch schriftlich nach bestem Wissen und Gewissen zu antworten. Falls darüber hinaus Fragen bestehen, bin ich gerne bereit, jeder Zeit mit Euch direkt oder über einen [digitalen Stammtisch](#) zu kommunizieren.

1. Wachstumsfrage, Rebound-Effekt, Ökologie:

“Wir Grünen haben uns immer mit der **Wachstumsfrage** beschäftigt. Es wird immer deutlicher, dass eine nachhaltige Entwicklung ohne eine Veränderung unseres Lebensstils nicht erreichbar ist. Insbesondere der Klimaschutz zwingt dazu, weil rebound-Effekte die technologischen Errungenschaften kompensieren. Wie willst Du das Spannungsverhältnis zwischen dem ökologisch Notwendigen und dem in Deutschland politisch Vermittelbaren und Umsetzbaren auflösen?”

Diese Probleme haben mich persönlich während meines Studiums sehr beschäftigt. Wie in Eurer Frage angeregt, sind die Probleme *ohne eine radikale Änderung unseres Lebensstiles und Selbstverständnisses* nicht zu lösen. Auch ich, der ich versuche, so sparsam und ökoeffizient wie möglich zu leben, schaffe das 2,5-Tonnen-CO₂-Ziel pro Jahr noch nicht. Ein anderes Ziel wird aber auf internationaler Ebene nicht mit den Schwellenländern verhandelbar sein, denn es ist nicht akzeptabel, dass wir noch länger mit unserem Lebensstil auf Kosten anderer Menschen leben.¹ Um ein Zeichen zu setzen und um zu zeigen was geht, würde ich sowohl als Spitzenkandidat als auch als MdB sämtliche Klimaschulden meines Lebens aus meinen Diäten begleichen. Dies wird zum Teil nur auf Basis von Durchschnittswerten seit meiner Geburt möglich sein. Die sich daraus ergebene Summe der Emissionen werde ich inflationsneutral durch einen Abzahlungsplan internalisieren.² Ich glaube, dass es Deutschland in den nächsten 10 Jahren nicht schaffen ist, unter 2,5 Tonnen CO₂/Jahr Emission pro Bundesbürger_in zu kommen. Wir müssen den Menschen aber aufzeigen und auch Anreize setzen, ihre Emissionen stärker nachzuvollziehen und zu internalisieren. Eine Idee dafür habe ich in [diesem Video](#) dargelegt.

Was den beschriebenen “rebound-Effekt” angeht, bin ich anderer Auffassung. Die meisten Gegenstände verbrauchen allein für Ihre Produktion ein vielfaches der Energie, die man



Grobe Schätzung 2012 durch [KlimAktiv](#)

¹ Siehe dazu [Dirk Messners Rede auf der BDK in Rostock](#), 2009 Rostock, siehe besonders [ab 5 Min](#)

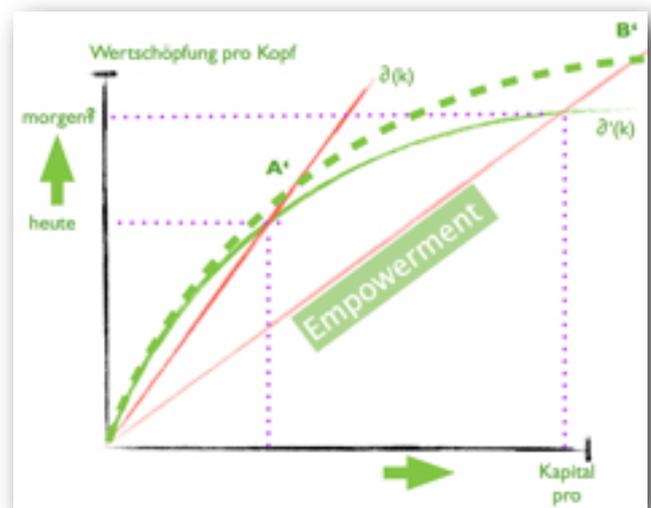
² Bislang nutzte ich dafür Atmosfair. Ich bin bei der Berechnung meiner Lebensklimaschuld gerne bereit, sämtliche Details meines Lebens mit Greenpeace zu teilen, um eine adäquate, meinem Lebensstil entsprechende Emission zu berechnen.

für ihren Gebrauch benötigt. Im Prinzip kann *ein Laptop* heute 20 alte Geräte (Fernseher, Telefon, Videorekorder, Musikanlage, ...) im Haushalt ersetzen. Ein Smartphone wird ebenfalls zum Schweizermesser (Diktiergerät, Kamera, Mini-Computer, ...). Ich persönlich besitzt nur einen Laptop, ein Smartphone und ansonsten keinerlei Unterhaltungselektronik. Auch die Arbeit mit Papier habe ich eingestellt. Ich sehe in der digitalen, vernetzten Welt unglaubliche *logistische, klimafreundliche Vorteile*. Das rein digitale Arbeiten ist dem analogen Arbeiten nicht nur in Puncto Geschwindigkeit und Abstimmung überlegen, es ist auch umweltschonender, *wenn auf analoge Doppelstrukturen verzichtet wird*. Hier liegt meiner Auffassung nach das Problem. Seit meiner Schulzeit habe ich älteren Menschen Computerunterricht geben und an meiner Universität meinen Kommilitonen_innen gezeigt, was sie alles mit ihren teuren Geräten effizient erledigen können.³ Ich war immer wieder erstaunt *wie wenig selbst junge Leute* sich der Möglichkeiten bewusst sind und statt digital zu arbeiten, lieber weiter Berge an Papier verdrucken oder auf alten Röhrengeräten Fernsehen schauen. Gemeinsam mit einer Freundin hatte ich eine kleine Initiative begonnen, in der wir uns überlegt haben, mit welchem Minimum an Gegenständen man ohne große Einbußen in der Lebensqualität auskommen könnte. Dieses Gedankenexperiment genannt "[Reducer](#)" findet [ihr hier](#). Ich sehe die Aufgabe der Politik und eines Politikers darin, an sich selbst zu zeigen, was auch in verantwortungsvoller Position an Nachhaltigkeit möglich ist und es den Menschen durch Informationspflichten der Hersteller so einfach wie möglich zu machen, ihre eigenen CO₂-Emission zu ermitteln und auszugleichen. Das Bewusstsein muss das Dasein ändern und wir müssen auch bei uns Grünen selbst nachhaltiges Bewusstsein stärken und konsistenter nach unseren Werten leben. Ich versuche diesem Ziel durch meinen [monatlichen Rechenschaftsbericht](#) näher zu kommen.

Abschließend möchte ich zu Eurem Punkt der "politischen Vermittelbarkeit" sagen, dass wir uns lieber auf die ökologische Notwendigkeit konzentrieren sollten. Ich bin kein Taktierer, sondern ein Freund von Wahrheit und Notwendigkeit. Ich glaube, dass die Menschen diesen Kurs belohnen werden, wenn wir ihnen *aufzeigen* und *helfen* ihr individuelles Leben nachhaltig zu gestalten. Ich habe nur eine Handvoll von Menschen getroffen, die *gerne* ihr Glück auf dem Elend heutiger oder zukünftiger Generationen bauen. Doch selbst uns Freunden_innen der Nachhaltigkeit fehlt oft der direkte Bezug zwischen unserem *täglichen Handeln* und den *großen Governance-Problemen*, wie *Klimawandel, Verödung der Böden* und der *Finanzkrise*. Wir müssen dafür sorgen, dass



Dank SmartMeter, habe jeder Zeit den Stromverbrauch meines gesamten Büros in Echtzeit im Blick



Mehr "Wachstum" an Lebensqualität und Wohlstand durch weniger Konsum, Verschwendung und Krempel. Das war die Idee der Reducer-Bewegung.

³ Mein gesammeltes Wissen der letzten Jahre habe ich in [diesem Screencast](#) zusammengefasst

nachhaltiges Handeln nachgefragt wird, bis es sich als Standardangebot etabliert hat. *Jede tägliche Handlung* hat eine Wirkung auf die Welt. Lösen wir den Nebel der Kausalität bei großen Probleme auf, so dass jeder Mensch seinen Anteil an den Problemen, aber auch an den Lösungsmöglichkeiten erkennt, werden mehr Menschen nachhaltig leben.⁴ Meine Stärke als junger Mensch liegt darin, dass ich ein vitales Interesse an der Lösung dieser Zukunftsprobleme habe. Meine Generation wird in dieser Welt leben und mit ihren Kindern leiden, aber wir werden auch darin glücklich sein, wenn wir es schaffen, wirklich nachhaltig zu leben. Wer sich gegen konsequente und gelebte Nachhaltigkeit stellt, gräbt nicht irgendeiner *abstrakten zukünftigen Generation das Wasser* ab, sondern *mir* und *allen Menschen die jünger sind als ich*. Ich bin überzeugt davon, dass dies die Mehrheit der Menschen in Deutschland nicht für moralisch vertretbar hält und uns Grünen auf den Weg der gelebten Nachhaltigkeit folgen wird, wenn wir Ihnen zeigen wie es geht und den Schwächsten helfen die zusätzlichen Belastungen zu stemmen.



Wenn wir den Menschen sagen, was wir nach besten Wissen und Gewissen Glauben und immer einen Weg anbieten, wird es funktionieren. Der Weg des geringsten Widerstandes ist nicht zielführend und für mich nicht vertretbar, denn er bedeutet das Elend für meine Generation und unsere Kinder.

2. Vermeintliche Abwägung zwischen Ökologie und Sozialpolitik

“Oft wird uns Grünen zu Unrecht vorgeworfen, Ökologiepolitik auf Kosten von sozialer Gerechtigkeit zu machen. Was sind aus deiner Sicht die wichtigsten Schritte, um **Öko** und **Soziales** zusammenzubringen?”

Eine nicht ökologische, weil nicht nachhaltige Politik ist immer ein Raubbau an den *Chancen, Möglichkeiten* und dem *Lebensglück* junger und zukünftiger Menschen. Soziale Gerechtigkeit gilt nicht nur innerhalb einer Generation, sondern auch zwischen den Generationen. Wer heute die Nachhaltigkeit und ökologische Vielfalt für ein mehr an Luxus gefährdet, tut dies auf Kosten anderer Menschen, die sich noch nicht entsprechend demokratisch artikulieren können. Daher bin ich stolz, dass wir Grünen seit Jahrzehnten die einzige Lobby für diese jungen Menschen stellen. Wer sich über soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit Gedanken macht, sollte sich über die mangelnden Mittel für Bildung und ungleiche Vermögensverteilung zuerst Gedanken machen, bevor er/sie unsere natürliche Lebensgrundlage gefährdet. Ich stehe für den gerechten Ausgleich von Ressourcen, ökologischer Vielfalt und Wohlstand zwischen den Generationen. Keine Generation hat das Recht – und sei sie die demokratische Mehrheit – ihr Glück auf dem Elend der jüngeren Menschen zu bauen. Ökologisch nachhaltige Politik heute, ist die Sozialpolitik für morgen.

⁴ Ich sehe dabei eine besondere Verantwortung bei der Verwaltung unserer, individuellen Finanzen. Lese dazu meinen Blogbeitrag: [Your Money, Your Responsibility](#)

3. Umverteilung

“Wir Grüne stehen für die Stärkung des Gemeinwesens. Wir fordern dazu unter anderem eine sozial gerechte Steuerpolitik, eine Heranziehung großer Vermögen zur Bewältigung der Kosten der Krise, eine Reform der Erbschaftssteuer und Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Wie wichtig ist für Dich **Umverteilung** als Bedingung für den Eintritt in eine Regierungskoalition?”



Umverteilung ist mir ein großes Anliegen, weil es zu weniger Spannungen innerhalb der Gesellschaft und demokratischer Ungleichheit kommt. *Geld ist immer auch Macht.* Diese Tatsache hat in Zeiten des Web

2.0 an Gewicht verloren, gilt aber weiterhin. Daher unterstütze ich alle von uns Grünen beschlossenen Projekte, wie eine *Finanztransaktionssteuer*, *höhere Spitzensteuersätze* (wenn auch die kalte Progression stärker beachtet werden muss) und eine *Erbschaftssteuerreform*. Eines ist mir aber wichtig: *Geld allein kann nicht alles sein!* Auch mit wenig Geld stehen einem heute viele Möglichkeiten offen, die es vor 15 Jahren nur mit großem Vermögen taten. So kann man heute gebraucht einen guten Laptop⁵ kaufen und über das Internet in fast jeder Vorlesung der größten Universitäten weltweit Platz nehmen.⁶ Ich habe über drei Jahre Kindern und Erwachsene im Asylbewerberheim geholfen, technische Möglichkeiten zu nutzen und sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden. Durch das tolle Engagement vieler ehrenamtlicher Menschen des Vereins Bunt statt Braun konnten die Kinder dort trotz sprachlicher Rückstände ihre Potenziale in Schule und Gesellschaft abrufen. Ja, wir müssen umverteilen! Ja, wir müssen bessere staatliche Betreuung ermöglichen! Aber auch: Ja, wir müssen uns wieder mehr für die Menschen neben uns interessieren und unsere Kreise weniger auf unsere eigene “Klasse” ausrichten. *Steuern* und *Spenden* können uns nicht davon entlasten, aktiv für das Gemeinwohl und die Schwächeren in der Gesellschaft einzustehen. Das sperrige Wort „Zivilcourage“ muss wieder mehr gelebt werden. Zu viele Menschen leben heute in Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit, mehr Individualtransfer alleine wird ihnen nicht helfen. Der persönliche Einsatz für die eigene Kommune, den Staat, kurz für die Menschen um uns herum muss stärker von uns adressiert werden.

4. Grundeinkommen

“Die Grünen haben 2007 eine weitgehende Reform von Hartz IV beschlossen. Damals votierten 42% der BDK für ein bedingungsloses **Grundeinkommen** ohne Bedarfsprüfung. Laut Beschluss soll die Debatte innerhalb der Grünen weitergehen. Wie setzt Du Dich persönlich dafür ein, dass dieser Beschluss umgesetzt wird? Was sind für Dich Schritte, um unsere Sozialpolitik emanzipatorischer zu machen? Was hältst Du von dem Vorschlag des Grünen Sozialkongresses, in der nächsten Legislaturperiode eine Enquetekommission zum Thema Grundeinkommen einzusetzen?”

Als ich mit 19 Jahren das Buch von Götz Werner zum “Ein Grund für die Zukunft: Grundeinkommen” las, war ich elektrisiert. Diese Begeisterung ist durch mein Wirtschaftsstudium schwächer geworden und ich möchte Euch darlegen, warum. Da es auch bei den Grünen unterschiedliche Grundeinkommensmodelle gibt, hoffe ich, dass ihr mir eine gewisse Unschärfe nachseht:

⁵ Siehe [EbayKleinanzeigen](#), worüber ich sämtliche meiner nicht mehr genutzten Gegenstände verkaufen

⁶ Siehe dazu meine Lieblingsvorlesung „[Justice - What Is the Right Thing to Do](#)” von Michael Sandel

- i. Ein Grundeinkommen muss finanziert werden. Dies wird – je nach Modell – mit großen Einsparungen bei der Verwaltung gerechtfertigt. Allerdings sind die größten Ausgaben bei einer Verwaltung *Personalausgaben* und ich bezweifle, dass man nach der Einführung des Grundeinkommens schnell die überflüssig gewordenen Beamten entlassen können wird. Man würde folglich für einen Zeitraum die alte Verwaltungsstruktur neben den neuen Kosten weiter bezahlen müssen. Ist dies durch *höhere Einnahmen* oder *Einsparungen in anderen Bereichen* gedeckt, bin ich dabei. Wird es über *Schulden* finanziert, werde ich *mein Veto als junger Mensch einlegen*.
- ii. Zielkonflikt der sozialen Ungleichheit: Knüpft man die Berechtigung des Grundeinkommens an die deutsche Staatsbürgerschaft könnte dies zu einem Zielkonflikt mit unserer grünen Einwanderungspolitik führen. Nicht nur weltweit, sondern auch in Europa sind wir eines der finanziell und institutionell stärksten Länder. Menschen sind bereit, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um hier leben und ihre Kinder in die Schule schicken zu dürfen. Ein Grundeinkommen – ohne jeden Anreiz zur gesellschaftlichen Beteiligung, wie zum Beispiel Hilfstätigkeiten in der Kommune etc. – könnte diesen Druck weiter erhöhen. Meine Sorge ist, dass wir dann irgendwann die Einwanderungsbedingungen verschärfen müssen. Vielleicht liege ich hier falsch, aber solche Szenarien müssen wir gemeinsam durchspielen und uns Handlungsstrategien zurechtlegen.

Ich persönlich bin ein stärker Freund der [aktivierenden Sozialhilfe](#), in der Menschen von der Kommune neben der Grundversorgung eine Beteiligungsmöglichkeit angeboten werden muss, die auch einen geringen Zusatzverdienst bringt. Stimmt die Finanzierung und sind alle Worst-case-Szenarien offen durchgespielt und abgestimmt worden, bin ich gerne auch bei einem Grundeinkommen dabei und trage es in jeden Wahlkampf. Bislang ist mir die ökonomische Ausarbeitung aber zu dünn und die Vielfalt der vorgeschlagenen Modelle zu groß. Ich vertrete nur Dinge von dessen Funktion ich überzeugt bin. Schaffen wir es, ein solches Modell bis zur nächsten Wahl gemeinsam mit Experten zu erarbeiten, so setze ich gerne mein Herzblut für ein solches Projekt, doch eine nachhaltige Finanzierung ohne Neuverschuldung ist als notwendiger Grundkonsens wichtig.

5. Geschlechtergerechtigkeit, Ehegattensplitting, Kindergrundsicherung

“Wir Grüne stehen für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Für wirkliche Gleichberechtigung und Selbstbestimmung sind auch große Veränderungen in der Steuer- und Sozialpolitik notwendig. Wir haben bereits beschlossen, das Ehegattensplitting verfassungskonform abzuschaffen und Familien mit Kindern besser zu fördern – unabhängig von der rechtlichen Konstellation, in der die Eltern leben. 2009 haben wir eine **Kindergrundsicherung** beschlossen, um im Familienlastenausgleich Familien mit Kindern zu stärken und wirksam gegen Kinderarmut vorzugehen. Wie wirst Du diese Forderung im Wahlkampf in die Öffentlichkeit bringen und welche Schritte schlägst Du bei einer Regierungsbeteiligung vor, um die Kindergrundsicherung durchzusetzen?”

Ich bin da ganz auf Linie unserer Forderungen. Ich bin auch ein Freund einer Frauenquote in Aufsichtsräten, sowie der Trennung der Bewerbungslisten unserer Partei.

Das *Ehegattensplitting* zementiert nicht nur überholte Familienformen und fördert die soziale Ungleichheit, sondern diese Mittel würden dringend benötigt, um sozial Schwache und Alleinerziehende zu unterstützen. Mit einer *Kindergrundsicherung* würde ein erheblich höherer Wert für das Gemeinwohl erreicht. Ich gebe offen zu, dass ich kein Experte in diesen Bereichen bin, aber ich kann durch meine Erfahrung als Kind eines alleinerziehenden Vaters gut berichten, wie schwer es für sozial Schwache und Alleinerziehende in dieser Gesellschaft war und ist. Ohne die tatkräftige Mithilfe meiner Großeltern und anderen Menschen in der Gesellschaft wäre ich nicht da, wo ich heute bin und würde diese Zeilen nicht verfassen. Ich habe gelernt, dass man das, was man ist und kann, nicht aus sich selbst heraus ist, sondern immer nur durch die Gemeinschaft die

einen umgibt und unterstützt. Ich denke, dass mir diese persönlichen Erfahrungen und Erkenntnisse, gebündelt mit den wirtschaftlichen und sozialen Argumenten unserer Partei und durch Beispiele von betroffenen Menschen helfen werden noch nicht grüne Wähler für unsere Ziele zu überzeugen. Nur wer selbst für etwas brennt, kann in anderen Menschen Engagement und Leidenschaft entzünden und ich brenne für die Idee, dass es ein stärkeres soziales Miteinander geben muss. Daher habe ich mich auch immer sozial und politisch engagiert. Jeder Mensch und besonders unsere jungen Menschen müssen in einer starken und finanziell stabilen Situation aufwachsen, um in Sicherheit und Geborgenheit das Selbstvertrauen in ihre Talente zu entwickeln.

6. Subsidiarität, Kommunalpolitik und finanzielle Entlastung

“Wir Grüne sind eine Partei der kommunalen Verankerung, unsere Stärke fußt auch auf unseren engagierten und starken Kommunalas und Kommunalos. Angesichts der dramatischen Lage der Gemeindefinanzen sind diese aber vielerorts eher Verwalter*innen von Sachzwängen als politische Gestalter*innen. Wie wichtig ist für Dich der Einsatz für bessere **Kommunalfinanzen**? Wie wirst Du Dich für eine Entlastung der Kommunen von den steigenden Sozialkosten (Eingliederungshilfe, Kosten der Unterkunft etc.) einsetzen?”

Ich bin ein großer Freund von finanzieller und demokratischer [Subsidiarität](#). Das heißt, dass Mittel und Macht so nahe wie möglich bei den Menschen und konkreten Problemen sein sollten und nur bei absolut Notwendigkeit für das Gemeinwohl an obere Ebene getragen werden. (Aus diesem Grund sehe ich auch den sich mehr und mehr ausbreitenden Zentralismus der Staatsfinanzen und der Haftung in Europa kritisch).⁷ Bund, Länder und Kommunen sind überschuldet. Es macht sicher Sinn Kommunen zu entlasten, da sie mit ihrem Angebot am nächsten an den Menschen sind und umgekehrt die Menschen vor Ort auf Ihre kommunale Verwaltung den größten Einfluss üben können. Auch hier überlasse ich die genaue argumentative Ausarbeitung unseren Experten_innen für die Kommunalpolitik und mache mir deren Argumente gerne zu Eigen, um den Kommunen zu helfen und sei es mit Mitteln des Bundes. Auf Grund meiner Verantwortung gegenüber allen jungen Menschen und unserer kontinuierlichen, realen Neuverschuldung darf dies aber nicht über Schulden passieren. Schaffen wir eine Umstrukturierung der kommunalen Finanzierung, ohne dabei neue Löcher in andere Haushalte zu reißen, bin ich dabei.

⁷ Grüne Ansichten zur Eurokrise, unterlegt mit volkswirtschaftlicher Stringenz finden sich in diesem Text unseres MdL Dr. Martin Runge, [dessen Ansichten \(siehe Text hier\) ich teile](#).

7. Partizipation und Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft

“Wir Grüne stehen für umfassende **Partizipation und die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft**. Wie können wir im Wahlkampf noch deutlicher herausarbeiten, dass wir das Original sind, wenn es um Transparenz, Beteiligung und BürgerInnenrechte geht? Wo möchtest Du – auch jenseits vom Bau- und Fachplanungsrecht – ansetzen, um die Mitspracherechte und -möglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern? Was sollen Grüne in einer Bundesregierung bei wichtigen Infrastrukturmaßnahmen und Großprojekten im Spannungsfeld widerstreitender Interessen anders machen als die jetzige Regierung?”



Als Politiker, der seine Unterstützer_innen darüber abstimmen lässt, ob er zum Friseur gehen oder das Geld lieber spenden soll, um Menschenleben zu retten,⁸ und der digitale Stammtische anbietet, deren Ablauf von der Community bestimmt wird, sind Menschen ganz nah an mir und meinen *Entscheidungen, Ideen* und *Beweggründen* dran. Hinzu kommt eine *totale Transparenz* meiner Einkünfte und die Verwendung meiner Mittel, um mich gegen korrumpierende Interessen zu immunisieren und so konsistent wie möglich nach meinen Werten zu leben. Ich hoffe während meiner Zeit in politischer Verantwortung nie der Versuchung zu erliegen, den Machterhalt oder den persönlichen Luxus über das Gemeinwohl zu stellen. Übertragen auf die Gesellschaft bedeutet dies, dass ich mir mehr Entscheidungsbeteiligung wünsche. Wie es der ehemalige Schweizer Bundespräsident auf der letzten BDK formuliert hat: *‘Es ist ein Unterschied nach seiner Meinung gefragt zu werden und wirklich über ein Problem abzustimmen’*.⁹ Wie man dies tun kann und auch mit Niederlagen tun muss, haben wir Grünen in Baden-Württemberg bewiesen. Auch auf der Bundesebene und langfristig wirksamen Entscheidungen über unsere Zukunft wie dem europäischen Stabilitätspakt oder der Staatsverschuldung würde ich mir mehr Volksentscheide wünschen, um wenn es hart auf hart kommt, auch die entsprechende Rückendeckung als Politiker zu haben. Menschen setzen sich stärker mit Problemen auseinander, wenn sie nicht nur nach Ihrer Meinung, sondern nach ihrer Stimme gefragt werden. Damit wir diese Partizipation in die Politik tragen können, müssen wir sie auch verstärkt bei uns Grünen leben. Wir waren lange Zeit die einzige Partei in Deutschland die durch die *freie Bewerbung auf alle Ämter* und *Trennung von Amt und Mandat* frischen Wind in die Politik gebracht hat und Basisdemokratie lebt. Durch diese Werte sind wir gewachsen, was mich sehr freut. Doch auch wir Grünen müssen unsere basisdemokratischen Strukturen unserer neuen Größe und dem Stand der Technik anpassen. Auf einer BDK – unserem höchsten Beschlussgremium – sind nur noch 1,42%¹⁰ unserer Mitglieder vertreten. Diese haben zumeist weder eine eindeutige Weisung noch ein klares Stimmungsbild ihres KVs und sind zudem von einer KV-Versammlung gewählt worden, an der selbst der nur ein Bruchteil der eingetragenen Mitglieder teilgenommen hat. Ich stehe dafür, den Segen des Internets- und der digitalen Möglichkeiten dafür zu nutzen, jedem unserer aufgenommenen Mitglieder eine Stimme zu geben, damit wir uns auch in Zukunft und bei weiterem Wachstum den direkten Zugang zu

⁸ Siehe dazu [dieses Video](#), die Abstimmung findet [sich hier](#), die Abstimmung zur Verwendung d.freien Mittel [hier](#).

⁹ Siehe dazu [dieses Video](#), BDK Kiel 2011.

¹⁰ 840 Delegierte_innen / 59.210 Mitgliederinnen = 1,42 %.

unseren Beschlüssen für jedes Mitglied offen halten. Weder *Krankheit, Behinderung, die Erziehung von Kindern* oder durch den *Beruf geforderte Mobilität* dürfen bei uns Grünen ein Grund sein, dass man in einem Bereich der einen bewegt, nicht abstimmen kann. Ich stehe daher nicht nur für stärkeren Kontakt zu den Bürgern_innen und unseren Mitgliedern_innen während des Wahlkampfes und meiner Zeit im Bundestag, sondern ich will auch daran arbeiten, dass trotz innerparteilichen Wachstums unser basisdemokratischer Geist erhalten bleibt, indem nicht nur jeder und jede sich auf jedes Amt bewerben kann, sondern auch jeder und jede abstimmen kann, wen wir ins Rennen schicken und wofür wir gemeinsam einstehen.

8. Digitale Gesellschaft, Digitale Teilhabe und Urheberrecht

“Wir Grüne stehen für eine digitale Gesellschaft, die nicht ökonomische Verwertung oder staatliche Kontrolle, sondern Freiheit und Rechte der Nutzer*innen in den Mittelpunkt stellt. Den freien Zugang zum Internet verstehen wir dabei als elementaren Bestandteil der Daseinsvorsorge. In der nächsten Legislatur des Bundestages wird die Reform des Urheberrechtes eine der zentralen netz- und kulturpolitischen Herausforderungen sein. Wie willst du im Bundestagswahlkampf netzpolitische Themen aufgreifen? Wie ist deine Vorstellung einer Reform des Urheberrechtes? Was sollten aus Deiner Sicht die drei wichtigsten grünen netzpolitischen Kernforderungen für den Wahlkampf 2013 sein?”

Ich maße mir nicht an, allein die Lösung für unsere Urheberrechtsprobleme finden zu können. Die grüne Urheberrechtskonferenz hat deutlich gemacht, wie komplex und heiß dieses Thema ist und dass nur ein gründlicher Diskurs, wie ihn die Grünen pflegen, am Ende zu einer wirklichen und funktionierenden Reform führen kann.¹¹ Ich sehe beide Seiten: Auf der einen Seite junge Menschen mit wenig Geld, die oft durch unterschiedlichste Hindernisse (mangels Kreditkarte, Konto) keinen Zugang zu den digitalen Musik-, Spiele-, Buch-, und App-Stores haben und diese Dinge dann illegal herunterladen. Dies wird oft noch befeuert durch eine lange Jahre hindurch sperrige Haltung der Medienindustrie, bei der der eigene Profit stärker im Mittelpunkt stand, als die Bedürfnisse der Konsument_innen. Wer will schon ein halbes Jahr warten, bis die Lieblingssendung aus den USA oder Japan in schlechter Synchronisation und mit viel Werbung im deutschen Fernsehen läuft, wenn man sie viel lieber im Original sehen würde. Das Gleiche gilt für englische Filme im Kino. Auf der anderen Seite sehe ich die Bedürfnisse der Künstler_innen die Souveränität über ihre eigenen Werke zu wahren und entscheiden zu dürfen, in welchem Kontext sie verwendet und verkauft werden. Ich persönlich – als Nicht-Experte – glaube aber daran, dass durch Mikro-Preise und *komfortable, digitale Stores* wie von Amazon und Apple die Interessen beider Seiten zusammengeführt werden können. Illegaler Download muss *durch besseren Service* und bessere Transparenz bei der Verteilung der Gelder an die Künstler so unkomfortabel werden, dass die Menschen lieber kaufen, als danach stundenlang im Netz zu suchen und am Ende neben Viren noch eine schlechte Version ihres Lieblingsfilms oder songs erhalten. Hier tut sich etwas, denn die App-Stores von Apple und Google funktionieren und inspirieren und versorgen Programmierer_innen in aller Welt. Gleiches müssen wir auch für andere Kunstformen wie *Film, Musik, Bücher* und *PC-Spiele* erreichen. Aus eigener Erfahrung mit Büchern und Musik weiß ich wie schwer es ist in diese Märkte hineinzukommen, da oft eine US-Tax-ID von notwendig ist, da die meisten digitalen Konzerne in den USA ansässig sind.¹² Hier muss die deutsche Politik dringend reagieren, um sowohl den Konsumenten_innen als auch den Künstlern und geistreichen Programmierer_innen den Weg zu ebnen. Das ist der Milliarden-Markt der Zukunft und es ist ein grüner Markt, denn digitaler Austausch ist zwar nicht CO2-frei, aber immer effizienter

¹¹ Siehe dazu [meine Einschätzung](#) und die [Rede des Redakteurs von ZeitOnline Wolfgang Blau](#)

¹² Siehe zu der [US-Tax ID im itunesStore](#)

als die physische Produktionskette. Auch für die Künstler sollte die digitale Revolution ein Segen werden, können Sie sich doch nun ohne große Firmen selbst promoten und direkt mit den Fans kommunizieren. Die Fans auf der anderen Seite müssen lernen für Ihre Künstler Verantwortung zu übernehmen und sie direkt für ihre Leistungen zu bezahlen. Wissen die Fans aber, dass das Geld wirklich ankommt, werden sie das tun.

Bagatelldelikte sind zu entkriminalisieren und Zugangsschranken für Minderjährige und technikaverse Konsumenten_innen und Produzenten_innen zu reduzieren. Dies scheint für mich der richtige Weg zu sein. Als Spitzenkandidat würde ich darüber hinaus die ausgearbeitete Meinung unserer Experten wie Malte Spitz übernehmen.

Ich sehe den *Zugang zum Internet* durchaus einem demokratischen und sozialen Grundrecht ebenbürtig. Ein Großteil der politischen und sozialen Interaktion findet im Internet statt: praktische Tipps, Wissen und Bildung bis hin zu den besten Universitäten in Deutschland und der Welt finden sich im Netz. Unabhängig vom technischen Zugang zum Internet ist aber auch der Umgang mit den Chancen und Gefahren des Internets zu vermitteln. Immer noch halten viele Menschen das Internet für überschätzt bis gefährlich. Doch niemandem darf diese Teilhabe verwehrt werden. Ob und wie man diese Teilhabe nutzt muss mündigen Menschen allerdings selbst überlassen sein. Daher bin ich ein großer Freund davon das Internet auf dem Land flächendeckend auszubauen. Damit lässt sich in Zukunft der Pendelwahnsinn beenden und Menschen, die auf dem Land leben, können global-vernetzt arbeiten. Auch unsere jungen Menschen auf dem Land sollen die Chance zu erhalten die Programme und Apps zu programmieren, welche die Welt verändern.

Ich bin kein Urheberrechtsexperte, aber ich bin ein junger Mensch der mit diesen Medien und ihren Chancen und Risiken aufgewachsen ist. Dies ist eine Form der Lebenserfahrung, die vielen älteren Menschen fehlt. Man kann die Matrix nicht beschreiben, man muss sie selbst erlebt haben. Dies gilt auch für Phänomene wie Computerspiele¹³, Chats und soziale Medien. Eine etwas frischere, jüngere Perspektive würde der deutschen Politik sicher gut tun.

9. Stärkung des Parlaments

“Viele, auch wir Grünen, beklagen immer wieder die Schwäche der Parlamente in Bund und Ländern gegenüber den Regierungen, die Nichtbeantwortung parlamentarischer Fragen, die mangelhafte Information des Parlaments und die Tatsache, dass zentrale Debatten nicht mehr im Parlament, sondern in Talkshows stattfinden. Wie willst Du Dich im Fall einer grünen Regierungsbeteiligung für eine Stärkung des Parlaments und für eine starke Rolle der grünen Fraktion einsetzen? Welche konkreten Vorschläge hast Du und wie können sie glaubwürdig verankert werden?”

Dieses *allgemeine Problem* löst man am Besten indem man, sobald man selbst in der Verantwortung steht, einen anderen Geist pflegt und die Mehrheitsverhältnisse dazu nutzt dem Parlament, aber damit auch dem politischen Widersacher mehr Möglichkeiten zu bieten. Ich habe hier Kretschmann während seiner ersten Presskonferenz sehr bewundert, als er sagte, er werde jeden konstruktiven Vorschlag gerne aufnehmen, egal



¹³ Computerspiele sind nämlich nicht nur baller, baller und nichts dahinter. Viele Spiele sind großartig inszeniert. Spielt man sie in einer Fremdsprache, lernt man ähnlich viel wie in einem fremden Land. Für mich sind Computerspiele die Roman der Zukunft. Das moderne “1984” heißt [WatchDogs](#) und ich freue mich sehr darauf es zu spielen.

von welcher Seite er kommt. Diesen Geist teile ich sehr. Durch welche einzelnen Reformen und Kompetenzänderung man mehr Beteiligung erreichen kann, wissen unseren erfahrener Parlamentarier und NGOs besser als ich.¹⁴ Ich greife diese Vorschläge gerne auf und verteidige sie mit ganzer Kraft, sowohl an der Regierung, wie auch in der Opposition. Der Geist der Transparenz und Beteiligung muss aber nicht nur von der Regierung, sondern von allen Parlamentariern und Parlamentarierinnen gelebt werden. Hier gehe ich gerne zu jeder Zeit.

10. Fehler der Regierungsbeteiligung 1998-2005

“Sind aus Deiner Sicht während der Grünen Regierungsbeteiligung 1998 – 2005 Fehler unterlaufen? Welche Fehler waren das und wie würdest Du sie in Zukunft vermeiden?”

Sicher sind uns Fehler unterlaufen und wir haben auch Dinge mittragen müssen, weil wir der kleinere Koalitionspartner waren, die vielen *emotional-* und *direkt betroffenen* Mitgliedern große Bauchschmerzen bereitet haben. Aus der historischen Perspektive ist es immer leicht, bessere Urteile zu fällen. Ich kenne die Zerreißproben unsere Partei und ich merke an den Stammtischen, wie diese noch heute viele unserer Mitglieder bewegt. Ich bin aber kein Kandidat der Vergangenheit, sondern der Zukunft. Mein Ziel ist es, mit dem, was wir jetzt haben und unter grüner Regierungsverantwortung etwas für die Menschen in diesem Land und unser Gemeinwohl zu bewegen. Ich will, dass wir jungen Menschen guten Gewissens Kinder in diese Welt setzen können, weil wir gemeinsam den Klimawandel anpacken, zurückdrängen und einen kontinuierlich weniger durch Schulden belasteten Staatshaushalt hinterlassen, der nicht an den Stürmen und Launen der Finanzmärkte hängt. Solange wir dabei immer den Kontakt zu unseren Mitgliedern halten, konstruktiv und fair diskutieren – auch bei gegensätzlichen Meinungen – und bei schweren Fragen alle unsere Mitglieder um Ihre Stimme bitten, werden wir immer eine Politik machen, die wir guten Gewissens vertreten können und die unsere Unterstützer_innen tragen werden. Gemeinsam sind wir stark, auch im Diskurs. Ich bin kein Freund des Taktierens oder von Wiederwahlambitionen. Ich will nach bestem Wissen und Gewissen etwas für die Menschen bewegen und das können wir Grünen nur, wenn wir den kritischen Diskurs über eine gekünstelte Geschlossenheit stellen. Inhalte und Wahrheit sind mir wichtiger als Wahlen und ich bin mir sicher, dass dies die Menschen in Deutschland honorieren werden.

¹⁴ Ich persönlich halte es für Richtig, wenn im *Petitionsausschuss*, die Bürger_innen selbst entscheiden dürfen, ob ihr Anliegen öffentlich oder unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt wird. Dies ist nach meinem Kenntnisstand bislang nicht der Fall.

Fragenkatalog 2:

1. Drogenpolitik

Deutschland bezahlt jedes Jahr ca. 4 Mrd. € zur Verfolgung von Drogenkriminalität. Hältst du das für angemessen und verhältnismäßig? Wenn nein, für was für eine Liberalisierung der Gesetzgebung (Entkriminalisierung, Legalisierung einiger Drogen, **Legalisierung aller Drogen**) würdest du eintreten?

Zunächst einmal stehe ich Suchtmitteln prinzipiell eher kritisch gegenüber, schon aus den persönlichen Erfahrungen heraus, die ich mit Menschen gemacht habe, denen die Kontrolle über bewusstseinsverändernde Mittel abhanden gekommen ist. Dies bedeutet *nicht*, dass ich einer Strafverfolgung im heutigen Sinne positiv gegenüberstehe, aber eine Legalisierung von zu vielen sowie harten Drogen lehne ich persönlich ab und ich möchte Euch kurz darlegen, weshalb.

Cannabis neben *Alkohol* zu legalisieren, ist meiner Meinung nach bei *richtiger Regulierung* und *Suchtprävention* durchaus auch in Deutschland ein gangbarer Weg. Allerdings muss bedacht werden, dass auch der langjährige Konsum von Cannabis bei manchen Menschen das Risiko von Folgeerkrankungen vor allem psychischer Natur erhöht.

Legalisierung bedeutet auch immer *gesellschaftliche Anerkennung*. So wäre nach einer Legalisierung mit einer Steigerung des Konsums der jeweils legalisierten Droge zu rechnen. Im Falle von Cannabis bin ich aber der Überzeugung, dass die geordnete Legalisierung mehr *Leid durch Kriminalisierung* und *sozialer Ausgrenzung* verhindert, als durch die *gesundheitlichen* und *psychischen* Folgen der höheren Konsums in der Bevölkerung entstehen würden. Ich bin bereit, hier jedes gut durchdachte Legalisierungskonzept mitzutragen.

Die Legalisierung und gesellschaftliche Anerkennung von zu vielen, harten bewusstseinsverändernden Mitteln kann ich weder aus *ethischen* noch aus *demokratischen* Gründen tragen.

Ich möchte im folgenden einige Argumente von Legalisierungsbefürwortern aufgreifen:

Ein Argument ist, dass die Legalisierung von Drogen den internationalen Drogenkrieg eindämmen würde, dem jährlich Zehntausende zum Opfer fallen. Es wird angebracht, dass dieser Krieg enden würde, da die großen Drogenbarone nun nach *Recht* und *Ordnung* ihre "Ware" kontrolliert – vielleicht sogar *ökologisch nachhaltig* – anbauen und vertreiben könnten. Ich teile jedoch die Ansicht von [Jonathan Wolff](#), dass eher die großen Pharmakonzerne von einer Legalisierung profitieren würden, besitzen sie doch sowohl in der Massenproduktion als auch in der Forschung und dem Marketing riesige Vorsprünge. Diese Konzerne würden innerhalb *kurzester Zeit* nicht nur massenhaft Drogen in "*höchster Qualität*" zu minimalen Preisen anbieten und vermarkten können, sie würden auch über Kurz oder Lang intensivere Drogen auf den Markt bringen, gegen die traditionelle Drogen der Kleinbauern in Südamerika oder Afghanistan keine Chancen hätten. Darüber hinaus ist zweifelhaft, ob ein Kartell oder Drogenboss, der heute Menschen für sein Geschäft foltern und abschlachten lässt, über die Zeit zu einem ehrenwerten und um das Befinden seiner Konsumenten_innen besorgten Geschäftsmann werden kann. Ich erachte es für wahrscheinlicher, dass solche Personen ihre "Geschäftsmodelle" auf andere menschenverachtende Felder (Menschen und Waffenhandel) verlagern würden. Aus



diesen Gründen bezweifle ich, dass Entwicklungsländer von einer Legalisierung von Drogen hierzulande profitieren würden.

Ich bin mir dabei bewusst, dass von medizinischer Seite her Drogen wie LSD weniger körperschädigend sein können als Alkohol. Doch es geht um etwas viel tiefergreifendes: *Es geht um die Frage, was wir als Gesellschaft anerkennen und was es heißt, ein mündiger Mensch zu sein.* So mag es Menschen geben, die aufgrund ihrer genetischen Anlage oder durch ihre stabile Willenskraft auch bei harten Drogen kein Abhängigkeitspotenzial aufweisen. Diesen Menschen wird durchaus durch die Kriminalisierung von Drogen „*Spaß, Nutzen, Glück, Bewusstseinsweiterung*“ vorenthalten. Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die eine stärkere psychische Veranlagung zur Sucht haben. Sie können sich dann nicht eigenständig befreien. Für diese Menschen steigt das Risiko, ihren eigenen Willen und ihre Willenskraft – kurz ihre Mündigkeit – zu verlieren, mit jeder Droge, die wir erlauben und gesellschaftlich anerkennen. Für mich steht in der Drogenpolitik – wie in der Sozialpolitik – *das Gemeinwohl der Mehrheit über dem Spaßbedürfnis einer Minderheit*, folglich die Schwachen über den Starken. Daher bin ich nicht bereit, mehr Menschen dem Risiko der *menschenwürdelosen Abhängigkeit* an einer Droge auszusetzen, nur um dem Hedonismus einer mental-starken Minderheit nachzukommen. Unser menschliches Leben geht durch Höhen und Tiefen, durch Vernunft und Irrsinn. Mischen sich diese Scheidepunkte unseres Daseins mit nachhaltig bewusstseinsändernden Mitteln, zerstört es uns als der Mensch, der wir waren. Ich jedoch will in einem Staat der *mündigen, freien* Menschen leben, indem das Gemeinwohl zunächst über den Luxus des Individuums steht. *Abhängige Menschen sind keine freien Menschen* und somit *keine mündigen Entscheidungsträger_innen* innerhalb der Demokratie, da der Tunnelblick auf die Drogen ihnen die Sicht auf das Gemeinwohl vernebelt. Meiner persönlichen Auffassung nach haben wir westlichen Konsummenschen nicht das Recht, uns ins mentale Nirvana zu schießen, solange wir für das Elend von Milliarden von Menschen heute und in der Zukunft die Verantwortung tragen. Um die großen Zukunftsprobleme unserer Zeit zu lösen, werden wir jede und jeden von uns bei *bester mentaler Verfassung* brauchen. Daher lehne ich sowohl aus *demokratischer*, wie *sozialer Verantwortung* gegenüber den Schwächsten in unsere Gesellschaft, eine Legalisierung harter und zu vieler Drogen ab. Wir brauchen kein [Soma](#), wir brauchen mehr Vernunft und Verantwortung. Gelebte Nachhaltigkeit ist der Weg zum Glück, nicht der Rausch der Verschwendung und geistigen Umnachtung.

2. Politische Bündnisse

Wie stehst Du zu Bündnissen und Koalitionen mit der Linkspartei? Wie hältst Du es mit der Frage nach einer CDU-Grüne-Koalition?

Ich rede und arbeite mit *jedem*, dem ein *konstruktives Interesse* im Sinne der Nachhaltigkeit und des Gemeinwohles nachzuweisen ist. Ich kenne sowohl viele konstruktiv und progressiv denkende Menschen bei der Linkspartei als auch um Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit besorgte Wähler_innen bei der CDU. Mit beiden kann ich reden und ihre Argumente nachvollziehen. Allerdings ist es ein allgemeines Problem von Parteien, dass die Repräsentanten_innen einer Partei sich mehr und mehr von den Idealen ihrer Wählerinnen und Wähler verabschieden. Daher kann ich weder mit einem *menschlich schwierigen Ego* wie Herrn Lafontain noch einem *geistig Rückständigen* wie Herrn Seehofer eine Verhandlungsbasis erkennen. Politik macht man mit Menschen, nicht mit Parteien. Findet sich in einer der beiden genannten Parteien eine Mehrheit an konstruktiven, nachhaltig denkenden Geistern, bin ich der Letzte, der sich einer Zusammenarbeit in den Weg stellt. Verraten wir bei dieser Konfrontation aber zu viele unserer Ideale oder reden wir uns dies schön, bin ich der *Erste, der lieber die Macht als seine Ideale opfert*.

3. Frische Leute

Wie wollt Ihr nach der Bundestagswahl 2013 gewährleisten, dass unsere Partei den **Generationenwechsel** erfolgreich schafft und Personen in der Bundesspitze aufgebaut werden, die uns als Spitzenteam in die nächste Bundestagswahl 2017 führen können?

Ich bin der Generationenwechsel! Ich bin die Revolution von unten!

Ich will den Generationenwechsel nicht irgendwann ich will ihn jetzt! Ich möchte eine *frische, junge Wahlalternative* darstellen und hoffe noch mehr frische, mutige Menschen bei uns zu ermuntern, sich aktiver einzubringen und nicht weiter vor Ehrfurcht zu erstarren. Das *jüngere grüne Mittelfeld* unserer Politiker_innen hat sich nun über Jahre bis Jahrzehnte zurückgehalten und hat auch *diese Chance* nicht ergriffen, sich als Wahlalternative zu den Urgesteinen aufzustellen. Ich habe dies mehrfach angeprangert.¹⁵ Meiner Generation läuft für die Lösung der großen Zukunftsprobleme die Zeit davon. Wir können nicht darauf warten, bis irgendeine Obrigkeit – sei sie parteiintern oder extern – abdankt. Wir müssen handeln. Der Generationenwechsel ist bei uns Grünen mindestens 6 Jahre überfällig und es gibt kein Anzeichen, dass er von oben eingeläutet werden wird. Über andere Parteien und die demographische Verteilung im Bundestag brauchen wir gar nicht erst sprechen: *„Macht macht Menschen anders und die die sie haben, könnt zu oft zu schwer davon lassen.“*¹⁶ Das Schöne bei uns Grünen ist, dass eine *Revolution von unten* jeder Zeit möglich ist. Ich möchte mit dieser Bewerbung meinen Anteil an dieser Revolution leisten. Um nicht selbst der gleichen Betriebsblindheit und Machtfreude zu verfallen, wie viele andere Politiker_innen, werde ich während meiner Zeit in politischer Verantwortung ein Höchstmaß an *Transparenz* und *Basisnähe* leben. Es geht um die Besinnung auf Werte, mit denen wir in den 1980er und 1990er Jahren die Politik revolutionierten. Außerdem betone ich, dass ich maximal 8 Jahre Mitglied des deutschen Bundestages sein möchte und in dieser Zeit gerne daran arbeite, dass frische, talentierte Leute¹⁷ mich ablösen und unsere Projekte zu weiterer Blüte treiben. Im Bezug auf Eure Frage könnte man folglich sagen, dass ich mit meiner Kandidatur stärker als jeder andere Bewerber an einem *Generationenwechsel* arbeite. Ich bin der Generationenwechsel und ich will die *parteiinterne Obrigkeitstreue* durch eine *basisdemokratische Revolution zerschlagen*. Ich will frischen Wind bei uns! Nicht irgendwann in der Zukunft, sondern JETZT. Die Klima- und Schuldenuhr tickt jetzt. Wir sind jetzt *jung, frisch, rebellisch* und *innovativ*, nicht in 20 Jahren. Jede Stimme für mich ist eine Stimme für die basisdemokratische Revolution HEUTE. Wie hieß es in unseren Spots in den 1980er Jahren?: *„Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt!“* Wir „Kinder“ sind jetzt *groß, erwachsen* und *stinksauer* über die *mangelnde, gelebten Nachhaltigkeit* im Alltag und in der Politik. Daher müssen wir Grünen für eine neue, frische Revolution der Nachhaltigkeit stehen und die geht unweigerlich nur mit frischen Leuten. Ich selbst, Patrick Held, bin nicht wichtig. Mögen mit und nach mir hunderte von frischen, neuen Gesichtern antreten, die diese Revolution weitertragen!

Im Bezug auf diese Urwahl bin ich überzeugt davon, dass die Kombination aus einer erfahrenen, grünen Spitzenkandidatin und einem jungen, dynamischen, um wahre Nachhaltigkeit besorgten Spitzenkandidaten die beste Kombination für den Wahlkampf 2013 ist.

¹⁵ Rede in LDK & BDK Antrag

¹⁶ Siehe dazu meine [Rede auf der BDK in Kiel 2011](#)

¹⁷ Diese Menschen müssen dabei nicht unbedingt jung sein, aber sie müssen frisch und talentiert sein.

Frage 4 - Petitionsrecht und Direkte Demokratie

Welchen Stellenwert hat für Dich das Petitionsrecht für die Fortentwicklung der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verknüpfung von teilnehmender und repräsentativer Demokratie und wärest Du bei einer Wahl in den Deutschen Bundestag bereit, Mitglied im Petitionsausschuss zu werden?

Ja, es ist mein festes Ziel, während meiner Zeit im Bundestag im Petitionsausschuss zu sitzen. Petitionen sind, besonders seit sie online unterzeichnet werden können, ein wichtiger Stimmungsmesser für drängende Themen in der Gesellschaft geworden. Sie haben das Potential, die Politik zum Handeln zwingen. Ich würde mir darüber hinaus aber noch mehr direkte Beteiligung der Bevölkerung in grundlegenden und dauerhaften Entscheidungen wünschen. Dies kann zum Beispiel durch allgemeine Volksentscheide geschehen. Aber auch neue Wege wie nicht-bindende Probeabstimmungen könnten eine bessere Verbindung zwischen Regierenden und Regierten erzeugen. Meinungsumfragen hingegen stehe ich eher kritisch gegenüber. Seine Meinung anonym kundzutun, trägt nicht die gleiche Form von Verantwortung und Verantwortbarkeit mit sich, wie eine öffentliche Wahlentscheidung. Das öffentliche *Liquid-Democracy* und *Feedbacksystem* der Piraten ist hier ein guter Feldversuch, von dessen Ergebnissen sich für die Zukunft viel über die Vor- und Nachteile einer direkteren, digitalisierten Demokratie lernen lässt. Neben bei bemerkt: Nur weil es sich bei den Piraten um einen politischen Gegner handelt – der im übrigen in wichtigen grünen Punkten überhaupt gar keine Position bezieht – wäre es falsch, sich diesen Ansätzen für mehr direkte Demokratie ganz zu verschließen.

Frage 5 - Altersarmut

Wie würdest Du das bereits bestehende Risiko der Altersarmut bei Frauen abzumildern versuchen? Welche Lösungen strebst Du an, um die überproportionale Benachteiligung der Frauen bei der möglichen Einführung Einführung der Zuschussrente zu verhindern?

Auf diesem Feld bin ich kein Experte und schließe mich daher gerne den Empfehlungen unserer Fachleute und Arbeitsgemeinschaften an. Meine persönliche Einschätzung ist, dass Altersarmut kein Problem ist, das ausschließlich auf Frauen fokussiert betrachtet werden darf. Es betrifft letztlich alle Menschen mit niedrigem Einkommen. Daher muss für dieses Problem der bestehenden und bald drohenden Altersarmut ein *ganzheitlicher Ansatz* gefunden werden. Die von uns geforderte Grund- oder Garantierente oder die Einbindung eines solchen Konzeptes in ein Grundeinkommen sehe ich als zielführend für die Bekämpfung materieller Armut an. Ich stimme der Frage aber in so fern zu, dass Frauen überdurchschnittlich von niedrigeren Renten bedroht sind. Ursachen dafür sind meiner Einschätzung nach die niedrigere Bezahlung („Einpreisung des Schwangerschaftsrisikos“), sowie die Auszeiten für die Erziehung von Kindern, die immer noch maßgebliche Karrierebremsen sind – was allerdings auch auf erziehende Väter zutrifft. Hier muss der Staat ausgleichend zum Wohl von betroffenen Mütter und Väter eingreifen, indem er Erziehungszeiten und Arbeitszeiten von Frauen stärker in den Rentenansprüchen berücksichtigt. Zusätzlich kann der Staat Anreize setzen, indem er statt eines sozialpolitisch irrsinnigen Betreuungsgeldes, gute Kitas zur Verfügung stellt, um den Arbeitsausfall erziehender Eltern zu minimieren.

Frage 6 - Sanktionen für ALG II-EmpfängerInnen

Wie stehst Du zu den Sanktionen für ALG II-EmpfängerInnen? Möchtest Du sie gänzlich abschaffen?

Ich sehe die Drangsalierung der „Kunden_innen“ durch die *Arbeitsagentur für Arbeit* sehr kritisch. Ein absolutes Minimum der Arbeitslosen ist kooperationsunwillig. Und diese sind auch mit Sanktionen nicht zu einer gesellschaftlichen Teilhabe zu bewegen. Die überwältigende Mehrheit der Arbeitssuchenden ist motiviert. Und genau diese Motivation wird durch jede Form der Sanktion untergraben. Es ist nicht die Aufgabe der Arbeitsagentur zu strafen, sondern Angebote zu machen. Daher bin ich für eine sanktionsfreie Anhebung des ALG II auf 420,- €, sowie die Etablierung einer *aktivierenden Sozialhilfe* durch die Kommunen. Niemanden, der sich sinnvoll für die Gemeinschaft einbringen möchte, darf dies verwehrt werden. Macht die Wirtschaft keine Angebote, so muss es für die Zwischenzeit der Staat tun. Für das mangelnde Arbeitsangebot auf dem freien Markt in Zeiten der Grenzen des Wachstums dürfen nicht Unschuldige sanktioniert werden. Der Arbeitsmarkt ist wie ein großes Stadion: Es gibt begrenzt Plätze und alle wollen rein. Sind keine Plätze mehr da, darf man nicht jene noch für ihr Pech bestrafen, die keinen Platz im Stadion bekommen haben. Auch um das Stadion herum gibt es genug Möglichkeiten, sich für das Gemeinwohl einzubringen. Der Staat muss diese Möglichkeiten *aktiv fördern, anbieten* und neben einer Grundsicherung, minimal vergüten. Die kurze Formel für mehr sozialen Frieden und Gemeinwohl lautet: *Sanktionen stoppen*, gemeinwohlfördernde, aktivierende Angebote machen und freigewordene und neue Plätze im vollen Stadion des Arbeitsmarkt schnell und passend besetzen. Der Staat soll nicht künstlich mit Steuergeldern die Privatwirtschaft sponsern und mit Subventionen unwirtschaftliche, unnötige Arbeitsplätze fördern (SPD-Politik)¹⁸, sondern er soll den Schwächsten helfen und somit jenen die zeitweise keine Platz finden, Sicherheit und Perspektive bieten und helfen, eine Zukunft zu finden.

Frage 7 - Inlandsgeheimdienste

Nicht erst seit den Skandalen um die Aufklärung der Morde des NSU gehört ein vorsichtig distanzierteres Verhältnis zu **Inlandsgeheimdiensten** seit vielen Jahren zum Grundkonsens von Bündnis 90/Die Grünen. Hältst Du Inlandsgeheimdienste auf Bundes- und Landesebene weiterhin für notwendig. Wann ja, warum und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?

Die absolut indiskutable Aufklärungsarbeit unserer Sicherheitsdienste in den angesprochenen Fällen hat auch mich zutiefst schockiert. Sie hat vor Augen geführt, wie blind unsere konservativen Sicherheitsdienste auf dem rechten Auge sind. Diese Grundeinstellung muss sich schleunigst und tiefgreifend ändern. Darüber hinaus erschließt sich mir schon aus ökonomischen wie logistischen Gesichtspunkten eines gar nicht: Warum brauchen wir für jedes Bundesland einen eigenen Geheimdienst/Verfassungsschutz? Meiner Meinung nach reicht ein Dienst, der auf Bundesebene agiert. Allerdings ist dies auch nur meine persönliche Meinung und ich bin ein Sicherheitslaie. Präzise Forderungen überlasse ich daher gern unseren Fachleuten und lasse mich von diesen aufklären. Meine persönliche Einschätzung ist, dass wir einen intensiv kontrollierten Bundesinlandsgeheimdienst brauchen, um dem organisierten Verbrechen die Stirn bieten zu können und terroristische Anschläge zu verhindern. Auch im Zuge verfassungsfeindlicher und menschenverachtender, religiöser Bewegungen erachte ich

¹⁸ Bei der SPD beschwört man gerne, dass alte Arbeitsparteimantra das Arbeit und der Erhalt von Arbeitsplätzen immer gut ist. Das ist falsch. Jemand der Landminen herstellt oder dafür bezahlt wird Dinge mutwillig zu zerstören, ist vielleicht in Lohn und Brot, schafft für die Gesellschaft aber keinen Mehrwert. Ähnliches gilt für schlecht geleitete Autokonzerte (Opel) oder Shopping-Zeitschriften (Quelle). Der Staat hat nicht den Markt zu verzerren und Ressourcenverschwendung zu fördern, sondern den Menschen die in diesem Markt zeitweise oder dauerhaft keinen Platz finden eine Sicherheit und Perspektive zu geben.

eine verdeckte Aufklärung als sinnvoll, um Menschenrechte und Menschenwürde (vor allem von jungen Frauen) zu wahren. Es steht außer Zweifel, dass es einer neuen Ausrichtung und Strukturierung des Verfassungsschutzes bedarf. Doch wenn dieser Dienst das tut, wie er heißt, sehe ich für ihn eine Zukunft.

Frage 8 - Spitzensteuersatz

Wie stehst Du zu einer Anhebung des **Spitzensteuersatzes auf 56%**?

Unser gemeinsames Ziel ist *soziale Gerechtigkeit*, ein *entschuldeter Staat* und *Umverteilung des Vermögens*. Würde ein Einkommensteuer von 56% dazu beitragen, wäre ich dabei – doch ich habe meine Zweifel:

Besteuerung des Einkommens – Ein veraltetes System?

Menschen, die hier arbeiten und für sich Werte schöpfen, nutzen die von der Gesellschaft bereitgestellte Infrastruktur. Daher ist es legitim, dass sie dafür den von der Gesellschaft veranschlagten Preis, die Steuer, bezahlen. Dennoch wünscht sich die Gesellschaft Menschen, die sich reinhängen und möglichst viel Wertschöpfung betreiben, um die Einnahmen für das Gemeinwohl zu steigern. Erhebt der Staat zu viele Steuern und rutscht man durch die kalte Progression zu schnell in den Spitzensteuersatz hinein, sinkt die Bereitschaft, sich für seinen Verdienst überdurchschnittlich einzusetzen. Dies ist nicht nur schlecht für das Gemeinwohl, sondern auch schlecht für die Steuereinnahmen. Zudem können viele Arbeitsplätze heute ohne Probleme ins europäische Umland verlegt werden.

Für mich macht daher die zu hohe Besteuerung der Arbeitskraft wenig Sinn, da sie meiner Meinung nach demotivierend wirkt und die Abwanderung von Arbeitskraft befördern kann. Auch löst eine höhere Einkommensteuer nicht die steigende Ungleichheit der Vermögen, sondern bremst diesen Anstieg etwas, wenn überhaupt. Daher sehe ich die Anhebung anderer Steuersätze als erheblich zielführender an:

i. Konsum- / Mehrwertsteuer

Sie wird überall und direkt erhoben. Über eine Staffelung kann der Staat zudem ökologische und soziale Anreize setzen, indem schädliche Güter wie ungesundes Essen oder Luxusgüter wie SUVs oder ähnliches höher besteuert werden und Basisgüter wie Lebensmittel oder Energie weniger oder gar nicht. Konsum ist immer eine direkte Belastung der Ressourcen, der Umwelt und der Mitmenschen. Im Gegensatz zur Arbeitskraft wird kein Mehrwert geschaffen, sondern Mehrwert konsumiert bis verschwendet. Daher würde ich hier höhere Steuern wie in den skandinavischen Staaten durchaus begrüßen.

ii. Vermögensabgabe

Es ist schwer, Vermögen genau und inflationsneutral zu bestimmen, aber es ist nicht unmöglich. Meiner Meinung nach ist es notwendig und wichtig, über eine Vermögensabgabe nachzudenken, um die bestehenden und sich verschärfenden Ungleichheiten in dieser Gesellschaft anzugehen. Wer an wahrer Umverteilung interessiert ist, sollte hier ansetzen.

iii. Erbschaftssteuer

Wer sein Leben und seinem Reichtum in diese Land erworben hat, ist verpflichtet, der Gesellschaft nach seinem Ableben etwas von dem zurückzugeben, was die Gesellschaft ihm ermöglicht hat. Natürlich möchte man seinen Kindern etwas hinterlassen, aber Erbe sein darf nicht zum Beruf werden. Jeder einzelne ist zunächst einmal selbst dafür verantwortlich, etwas für sich aufzubauen und für die Gesellschaft zu leisten. Daher ist es für mich legitim, die Erbschaftssteuer so auszugestalten, dass Unternehmen und mittelständische Betriebe weitergeführt werden können, um Arbeitsplätze zu erhalten. Neben diesen wenigen Ausnahmen ist die Erbschaftssteuer aber eines der stärksten Mitteln zur gesellschaftlichen Umverteilung des Vermögens.

Zusammengefasst sehe ich andere Steuersätze, die man für eine Erhöhung ins Visier nehmen sollte, um soziales und ökologisches Verhalten zu fördern und eine wirklich Umverteilung sicherzustellen. Was den Spitzensteuersatz angeht, so stehe ich hinter der Erhöhung auf 49%, wie auf der letzten BDK beschlossen.

Frage 9 - Kompromissbereitschaft

Wie stehst Du als GrüneR dazu, einmal nicht auf Teufel komm raus einen **Kompromiss** finden zu wollen, sondern zu einer Politik Nein zu sagen?

Die Bereitschaft, einen Kompromiss zu machen, hängt ganz wesentlich davon ab, welche Ideale man hat und welche man durch diesen Kompromiss gefährdet sieht.¹⁹ Ich bin prinzipiell ein kompromissbereiter Mensch, dem das Wort alternativlos nicht gefällt. Oft kann ein Kompromiss auch eine Mentalitätswende einläuten, die dann weitere Schritte ermöglicht, wie bei der Öko-Steuer zum Beispiel geschehen. Ich glaube aber, dass wir Grünen, respektive unsere Mandatsträger/innen, in den letzten Jahren zu oft Kompromisse zum Machterhalt gemacht haben. Ich persönlich bin während meiner Zeit als Politiker, junger Mensch und Vertreter junger Menschen nicht bereit *irgendeinen Kompromiss* zu akzeptieren, der die menschenwürdige Existenz von Menschen auf diesem Planeten unmöglich macht. Weder darf unsere Ressourcenverschwendung, Krisenbekämpfung und Solidarität mit Europa auf Pump finanziert werden, noch darf unser Konsumwahn und Egoismus weiter auf dem Elend und Sterben anderer Menschen auf diesem Planeten ausgebaut werden. Unser Individualismus und Luxus muss genau dort seine Grenzen haben, wo er die glückliche Existenz anderer Menschen – heute oder der Zukunft – vernichtet. Sind diese Grundvoraussetzungen gegeben, bin ich durchaus zu Kompromissen bereit. Doch ich werden keine Kompromisse auf Kosten unschuldiger, machtloser und schon heute ausgebeuteter Menschen machen, nicht in Deutschland oder irgendwo sonst auf der Welt. Ein grüner Wohlstand kann nur ein gerechter und nachhaltiger Wohlstand sein.

¹⁹ So messe ich einem nachhaltigen Lebenswandel und geringer Ausbeutung der natürlichen Ressourcen eine höhere Bedeutung zu, als der sozialen Umverteilung innerhalb Deutschlands. Daraus folgt, dass ich bereit wäre, Kompromisse beim zweiten Thema einzugehen, während manche Anhänger des Linken dies genau anders herum sehen dürften. Ich habe meine Prioritäten aber so gesetzt, weil ich der Überzeugung bin, dass es uns durch unseren Raubbau in Zukunft erheblich schlechter gehen wird und man daher nicht das Elend von heute – das es ja auch in Deutschland gibt – mit noch mehr Elend in der Zukunft bekämpfen darf. Es gibt viele Wege, Armut durch beispielsweise eine stärkere Umverteilung zu bekämpfen. Doch egal, wie ehrenwert das Ziel sein mag, ich werde mich immer wehren, es auf Kosten demokratisch nicht beteiligter und unterrepräsentierter Menschen zu erreichen. Aus dieser Perspektive heraus hätte ich zum ESM und EFSM nur mit „Nein“ stimmen können.

**Schlusswort:**

Ich möchte mich bei den Fragestellern und Fragestellerinnen bedanken und hoffe, dass meine Antworten einen Einblick darauf gewährt haben, wer ich bin und wofür ich mit Euch kämpfen möchte. Ich bin ein diskursfreudiger Mensch und stehe euch gerne für Nachfragen und direkte Gespräche zur Verfügung. Ich hoffe Ihr seht mir nach, dass ich aufgrund meiner begrenzten Mittel und Mitarbeiterzahl (= 0), nicht in der Ausführlichkeit und mit Belegen geantwortet habe, wie ich es gerne würde. *No man is an island*, besonders in der Politik, wo man nur etwas gemeinsam erreichen und erstreiten kann. Gerne möchte ich dies mit Euch tun und meine Antworten mögen ein Beitrag dazu sein.

Eurer Patrick